

Fracking? – Nicht in Welper! – Überhaupt nicht!

Aus dem Entwurf des Bundestagswahlprogramms BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kapitel I Zeilen 54 bis 57:

„. . .Die Förderung von unkonventionellem Erdgas mittels giftiger Chemikalien – das sog. „Fracking“ – ist hochproblematisch. Wir wollen ein „Fracking“- Moratorium, bis diejenigen, die es wollen, nachgewiesen haben, dass es unschädlich ist. . . .“

Einwand Johannes Kimmel-Groß:

Zitat Wikipedia März 2013: "Ein **Moratorium** (von lateinisch *morari* ‚verzögern‘, ‚aufschieben‘) ist allgemein die Entscheidung, eine Handlung aufzuschieben oder zeitlich befristet zu unterlassen oder ein Abkommen **vorübergehend** (diese Hervorhebung durch den Autor) außer Kraft zu setzen."

Das bedeutet, dass die Position der grünen Landtagsgruppe NRW, wenn sie dem Bundeswahlprogramm folgen will, entweder eine bestimmte Zielgruppe in "Sicherheit" wiegen will oder nicht klar Stellung beziehen will oder glaubt, Verzögern sei bis zum St. Nimmerleinstag möglich, oder . . .

Den Konflikt mit dem bestehenden Bergbaugesetz sehe ich schon gar nicht, da dieses Bundessache ist und hoffentlich bald neu gefasst wird, da es derzeit ein fast unbeschränkter Freibrief für jeglichen Umweltmist ist. - Ich hoffe noch auf den September.

Insbesondere der Begriff "Umweltverträglichkeitsprüfung" gaukelt vor, dass es irgendwann einmal einen objektiven Maßstab zur Prüfung gibt. Das kann nicht möglich sein, da zum einen immer nur auf dem derzeitigen Stand der Wissenschaft - und wie schnell ändern sich Erkenntnisse - geprüft werden kann und zum anderen Erlasse und Gesetze Produkte von Kompromissen sind, die nicht selten eher den Juristen als den Menschen nützen.

Demzufolge kann es auch für mich nur eine strikte Ablehnung des Frackings geben, was nicht im Sinnend des immer Nein-Sagens (der GRÜNEN) gedeutet werden darf, sondern im Sinne des Schutzes zukünftiger Generation gesehen werden sollte. Und dafür stehen wir GRÜNE oder?

Des Weiteren kann sicherlich mal ein Blick auf Sinn und Rentabilität geworfen werden: Dreizehn Jahre Gas fördern, Gaspreis ob der horrenden Kosten erhöhen und die Umwelt auf tausende von Jahren schädigen. Zur Umwelt gehören auch wir . . . alle."

„NRW SPD – Bündnis 90/Die Grünen NRW

Koalitionsvertrag 2012–2017

Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten

Eine Erdgasgewinnung in NRW erfolgt bislang nicht. Einige Unternehmen haben in den letzten Jahren mit der Datenrecherche und mit Erkundungsmaßnahmen begonnen, die auf Erdgas in sogenannten unkonventionellen Lagerstätten gerichtet sind. Unkonventionelles Erdgas mit giftigen Chemikalien zu suchen und zu gewinnen, halten wir für nicht verantwortbar. Wasser ist unser Lebensmittel Nummer 1. Deshalb dürfen Trink- und Grundwasser nicht gefährdet werden.

Wir wollen keine Genehmigungen für Erdgas-Probepbohrungen und Fracking - Maßnahmen zulassen, bis die nötigen Datengrundlagen zur Bewertung vorhanden sind und zweifelsfrei geklärt ist, dass eine nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit nicht zu besorgen ist (Besorgnisgrundsatz nach Wasserhaushaltsgesetz).

Die rot-grüne Landesregierung hat in einem Bundesratsantrag 2011 deutlich gemacht, dass angesichts der möglichen erheblichen Umweltauswirkungen der Fracking-Technologie diese Vorhaben einer obligatorischen Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterworfen werden müssen. Zukünftig sollen nicht nur oberflächliche Umweltauswirkungen, sondern auch untertägige Auswirkungen berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang ist eine transparente öffentliche Beteiligung unerlässlich. Außerdem möchten wir die Transparenz und die öffentliche Beteiligung verbessern. Zudem soll die Beweislastumkehr im Bundesberggesetz auch für unkonventionelles Erdgas gelten. Dafür werden wir uns im Bundesrat einsetzen. In diesem Sinne soll das Bergrecht novelliert werden.“

Fracking-Resolution des OV-Welver BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

1. Für das vollständige Gebiet der Gemeinde Welver im Kreis Soest wurden Erlaubnisse zur Aufsuchung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten erteilt. Die Gemeinde Welver liegt außerhalb von Trinkwasserschutzgebieten.
2. Wir, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN der Gemeinde Welver betrachten die aktuellen politischen Erörterungen zum möglichen Einsatz der Fracking-Methode mit Misstrauen und machen uns Sorge um die Gesundheit unserer Bevölkerung und um die Entwicklungschancen unserer Gemeinde.
Wir hegen seit Jahren die Befürchtung, dass die Fracking-Methode in Trinkwasserschutzgebieten verboten und im Übrigen zugelassen werden soll, mehr und mehr bestätigt, z. B. durch den Vorstoß von Bundesumweltminister Peter Altmaier. Umweltverträglichkeitsprüfungen und Bürgerbeteiligungen könnten als Alibiveranstaltungen gedacht sein, deren Ergebnisse möglicherweise vorher feststehen. Wir gehen davon aus, dass uns die Fracking-Methode als eine weitere sichere Technik verkauft werden wird, wobei nach menschlichem Ermessen nichts passieren könne.
Wir werden uns aber keinen Argumentationssand in die Augen streuen lassen. Wir lassen uns auch nicht von der angeblicher Unwirtschaftlichkeit von Fracking in Deutschland in falscher Sicherheit wiegen.
Kurz: Wir befürchten, dass gerade Welver als ländliche Flächengemeinde außerhalb von Trinkwasserschutzgebieten besonders vom Einsatz der Fracking-Methode betroffen und schließlich auf Generationen hinaus geschädigt sein wird.
3. Das vom Landes-Umweltministerium in Auftrag gegebene „Gutachten mit Riskostudie zur Exploration und Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten in Nordrhein-Westfalen und deren Auswirkungen auf den Naturhaushalt insbesondere die öffentliche Trinkwasserversorgung“ vom September 2012 lässt für uns nur den Schluss zu, dass die Fracking-Methode generell, das heißt, nicht nur in Trinkwasserschutzgebieten verboten werden muss. Besonders die vielfältigen giftigen und wassergefährdenden Zusätze der Fracking-Flüssigkeit sowie die die Förderung begleitenden Gefahren zeigen uns, dass es sich beim Fracking um eine hochriskante Technologie handelt. Es wird nur eine Frage der Zeit sein, wann es zu erheblichen Störungen und Schadensereignissen kommen wird. Solche Schäden lassen sich zudem auf viele Generationen hin nicht mehr umkehren.
4. Wir, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN in Welver erwarten deshalb von unserer Grünen Landtagsfraktion NRW, dass sie auf der Basis des Artikel 72 Abs. 3 Satz 1 Ziff 5 des Grundgesetzes (Länderermächtigung für ein eigenständiges und abweichendes Frackinggesetz) sowie des Artikels 20a des Grundgesetzes (Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen) ein Gesetz zum generellen Fracking-Verbot in Nordrhein-Westfalen in den Landtag einbringt. Es reicht uns nicht, wie im Koalitionsvertrag festgelegt, dass Umweltverträglichkeitsprüfungen und eine transparente Bürgerbeteiligung vorgeschrieben werden sollen.

Welver, den 04. März 2013

für den OV-Vorstand

Cornelia Plaßmann, Sprecherin

Hubert Lutter, Sprecher

Links

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

<http://www.gruene.de/meine-kampagne/stopp-fracking.html>

BUND NRW (umfangreiche Dokumentation)

http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/erdgas_fracking/

Der Rechtsrahmen zur Aufsuchung und Förderung von unkonventionellem Erdgas unter Einsatz der „Fracking“-Technologie in Deutschland. Handlungsbedarf des Gesetzgebers?

(Rechtsanwalt Dirk Teßmer)

[http://www.bund-](http://www.bund-nrw.de/fileadmin/bundgruppen/bcmlsvnrw/PDF_Dateien/Themen_und_Projekte/Energie_und_Klima/Erdgas/Fracking-Vortrag_RA-DT_15-04-2011_.pdf)

[nrw.de/fileadmin/bundgruppen/bcmlsvnrw/PDF Dateien/Themen und Projekte/Energie und Klima/Erdgas/Fracking-Vortrag RA-DT 15-04-2011 .pdf](http://www.bund-nrw.de/fileadmin/bundgruppen/bcmlsvnrw/PDF_Dateien/Themen_und_Projekte/Energie_und_Klima/Erdgas/Fracking-Vortrag_RA-DT_15-04-2011_.pdf)

Achtung! Sehr aufmerksam lesen.

von **ExxonMobil**, dem weltweit größten „Fracker“

http://www.erdgassuche-in-deutschland.de/technik/hydraulic_fracturing/index.html

Gegen Gasbohren

Vereinigung der Initiativen gegen unkontrollierte Erdgassuche und Hydraulic "Fracking" Fracturing in Deutschland

<http://www.gegen-gasbohren.de/2012/06/22/umweltrisiko-fracking-neuer-kostenloser-flyer-des-bund/>

Facebook

<http://www.facebook.com/No.Fracking>

campact.de – Demokratie in Aktion

<https://www.campact.de/>

100 Prozent Zukunft

<http://www.100prozentzukunft.de/>

NRÜ Gegen Fracking – kein Gift in unsere Erde (BI Niedersachsen)

<http://www.gegen-fracking.de/>

Fracking in unkonventionellen Gas-Lagerstätten

Auftraggeber:

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen

in Abstimmung mit:

Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen

http://www.umwelt.nrw.de/umwelt/pdf/gutachten_fracking_nrw_2012.pdf

Umweltministerium und Wirtschaftsministerium legen Risikogutachten zu Fracking vor

<http://www.nrw.de/landesregierung/umweltministerium-und-wirtschaftsministerium-legen-risikogutachten-zu-fracking-vor-13372/>

Presse:

Welt vom 06.02.2013

Bundesregierung plant Zulassung für Fracking

Das hoch umstrittene Fracking, bei dem Schiefergas aus dem Boden gewonnen wird, steht vor einer Zulassung in Deutschland. Zuvor sollen allerdings die Auswirkungen auf die Umwelt untersucht werden.

Erdgasgewinnung durch Fracking

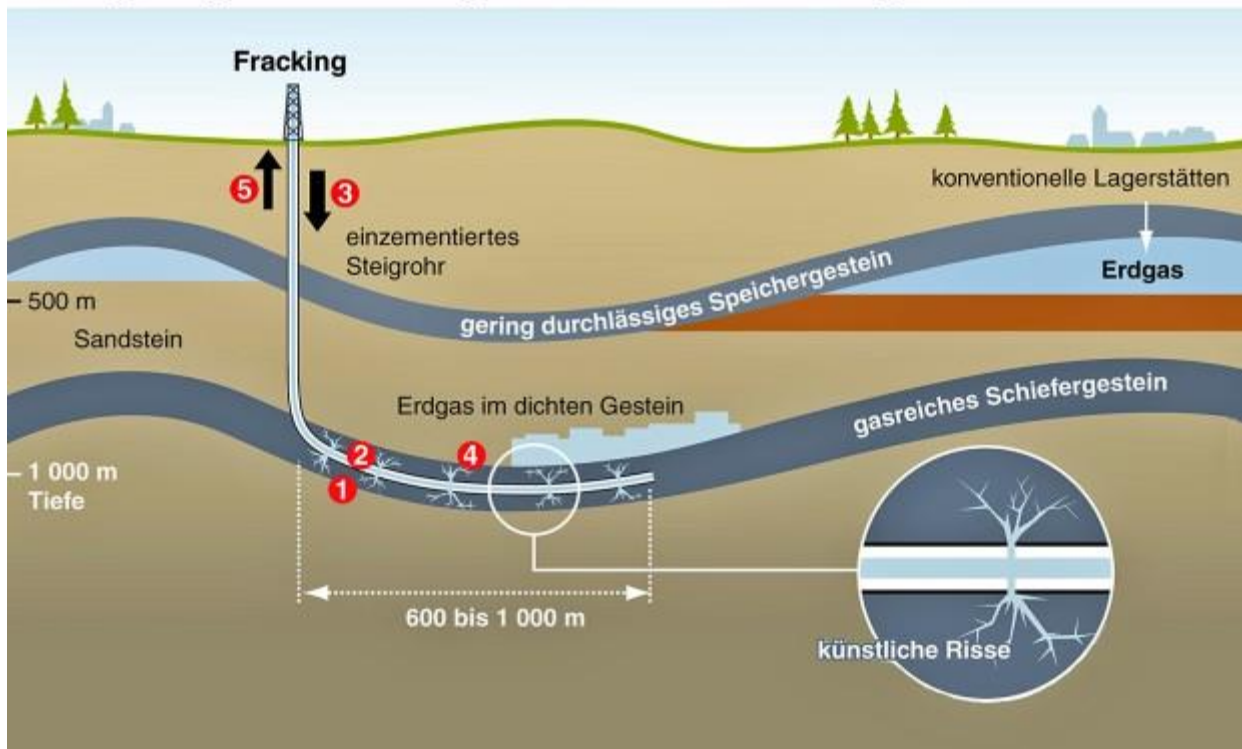


Foto: pa/dpa-infografik/Globus-Grafik So funktioniert Fracking: 1) Horizontalbohrung: In die Lagerstätten werden lange Strecken gebohrt. 2) Das Steigrohr wird unten mit Löchern perforiert (Durchmesser 30 bis 40 Zentimeter) 3) Unter hohem Druck wird ein Gemisch aus Wasser, Quarzsand und Chemikalien durch die Löcher in das umliegende Gestein gepresst. 4) Durch den hydraulischen Druck entstehen Risse im Gestein, durch die das Gas fließen kann. Die Risse können sich horizontal bis zu 100 Metern und vertikal bis zu zehn Metern ausdehnen. 5) Das eingepresst Gemisch (Frack-Fluid) wird bis auf den Quarzsand und Chemikalienreste zurückgepumpt. Der Quarzsand hält die künstlichen Risse offen. Das eingeschlossene Gas strömt dem Bohrloch zu und kann nun gefördert werden

Die Gasförderung aus tiefen Gesteinsschichten soll in Deutschland bald einheitlich geregelt sein und nur nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung erlaubt werden. Fachpolitiker der schwarz-gelben Koalition wollen entsprechende Vorgaben für eine Ausweitung des sogenannten Frackings machen.

Das geht aus einem gemeinsamen Papier der Vorsitzenden der Arbeitskreise Umwelt und Wirtschaft der Unions- und FDP-Fraktion hervor, über das die Zeitungsgruppe "Straubinger Tagblatt"/"Landshuter Zeitung" unter Berufung auf ein Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) und Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) berichtet.

Es sei "klarzustellen, dass in Wasserschutzgebieten Erkundungs- und Gewinnungsmaßnahmen von Erdgas aus Schiefergas mittels Fracking ausgeschlossen sind", heißt es darin. Heil- und Mineralquellen müssten geschützt werden. Ziel sei "eine gefahrlose Förderung von Schiefergas".

Energiepreise in den USA gesunken

Vor einer Woche hatte bereits die FDP-Fraktion gefordert, unter Auflagen den Weg frei zu machen für eine Ausweitung des Frackings. Der Bundesrat hatte den Bund aufgefordert, den Einsatz umweltgefährdender Substanzen abzulehnen, bis die Risiken restlos geklärt sind.

Beim Fracking wird mit Chemikalien und Sand versetztes Wasser unter hohem Druck in die Erde gepresst, damit das Gas entweichen kann. In den USA hat diese [Fördermethode die Energiepreise](http://www.welt.de/wirtschaft/energie/article113406810/Bundesregierung-plant-Zulassung-fuer-Fracking.html) purzeln lassen. (zu lesen unter: <http://www.welt.de/wirtschaft/energie/article113406810/Bundesregierung-plant-Zulassung-fuer-Fracking.html>)

Spiegel Online

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/fracking-uba-und-bgr-streiten-ueber-unkonventionelle-gasfoerderung-a-875576.html>